

DELEGIERTENVERSAMMLUNG DES SGB VOM 29. MAI 2015

Bern, 29. Mai 2015

Eröffnungsrede von Paul Rechsteiner

Mehr Respekt, mehr Lohnschutz, bessere Renten

Es gibt in der Schweizer Wirtschaft eine Welt vor dem 15. Januar 2015 und eine Welt danach. Mit dem Ausstieg aus dem Mindestkurs haben die Direktoren der Nationalbank den Schweizer Franken der weltweiten Währungsspekulation ausgesetzt. Das ist noch nicht fünf Monate her. Schon jetzt ist klar, dass die massive Überbewertung des Frankens Zehntausende von Arbeitsplätzen bedroht. Statt dem Abbau der viel zu hohen Arbeitslosigkeit kommt es, wenn sich nichts ändert, zu einem neuen Anstieg der Arbeitslosenzahlen. Und zur Zerstörung einer Vielzahl von industriellen Arbeitsplätzen. Das alles gegen den weltwirtschaftlichen Trend. Ausschliesslich wegen der massiv überbewerteten Währung.

Eine Währungspolitik aber, die zur Zerstörung einer Vielzahl von Arbeitsplätzen führt, ist ein volkswirtschaftliches Fiasko. Die Nationalbank verletzt damit ihren gesetzlichen Auftrag, nämlich eine Währungspolitik im Gesamtinteresse des Landes.

Schon einmal, vor vier Jahren, gab es eine Phase ohne Franken-Mindestkurs. Bis die Nationalbank nach anderthalb Jahren zur bewährten Politik berechenbarer Wechselkurse zurückkehrte. Die Gewerkschaften waren auch damals die erste und die stärkste Kraft bei der Forderung nach einem Politikwechsel. Diesmal darf es nicht mehr so lange dauern, bis sich die Interessen der Volkswirtschaft gegen jene der Währungsspekulanten durchsetzen. Zu gravierend sind die Folgen für die Arbeitsplätze, für die Lohnabhängigen, für die Wirtschaft.

Ein grosses Problem sind inzwischen aber die Profiteure der Frankenkrise. Vor allem die politischen Profiteure. In der EU gibt es die sogenannte Troika zur Durchsetzung der antisozialen Politik gegenüber den südeuropäischen Ländern. Bei uns gibt es neuerdings eine Troika der bürgerlichen Parteipräsidenten unter Führung der SVP. Diese selbsternannte Troika masst sich an, der Schweizer Bevölkerung unter dem Vorwand der Frankenkrise ein antisoziales Programm aufzudrücken. Leiden sollen nach den Vorstellungen dieser Herren die Lohnabhängigen. Durch den Abbau sozialer Errungenschaften, den Abbau arbeitsrechtlicher Schutzvorschriften, durch Staatsabbau, durch neue Steuergeschenke für die Unternehmen.

Geschont werden sollen dafür die Bauern, bei denen es nicht genug kosten kann. Wir haben nichts dagegen, dass die Bauern für ihre Leistungen anständig bezahlt werden. Aber wir haben genug von der Arroganz jener, die Arbeiterinnen und Arbeiter, die Angestellten als die Löli der Nation behandeln wollen. Wir haben genug davon, dass die Frankenkrise gegen die Lohnabhängigen instrumentalisiert wird. Denn es sind die Arbeiterinnen und Arbeiter, es sind die Angestell-

ten, die die Werte, die den Wohlstand in diesem Land erarbeiten. Und sie sind es, die mit ihren Steuern auch für die Subventionen der Bauern aufkommen. Die bürgerlichen Parteipräsidenten haben sich den falschen Finger verbunden, wenn sie glauben, dass sich die Leute das bieten lassen werden, was ihnen hier eingebrockt werden soll.

Aber es ist nicht nur endlich wieder mehr Respekt vor den arbeitenden Menschen nötig. Es braucht mehr und nicht weniger Lohnschutz in der Schweiz. Mit dem stark überbewerteten Franken ist das Lohndumpingrisiko noch einmal stark gestiegen. Mit dieser Delegiertenversammlung wollen wir einen neuen Zyklus bei den flankierenden Massnahmen zum Schutz der Löhne einleiten. Vor allem bei der Durchsetzung. Hier liegt manches im Argen. Die flankierenden Massnahmen zum Schutz der Löhne sind ein mächtiges Instrument. Aber sie stehen und fallen damit, dass sie angewendet und umgesetzt werden. In der Schweiz gelten Schweizer Löhne. Das muss durchgesetzt werden. Zum Schutz der Arbeitsplätze und der Löhne.

Gleichzeitig kommt der Kampf für unsere Renten in eine neue entscheidende Phasen. Mit dem Projekt „Altersvorsorge 2020“ drohen bei der AHV grosse und empfindliche Verschlechterungen. Wir werden diese Verschlechterungen bekämpfen, so wie den Abbau bei der AHV schon in den letzten 15 Jahren bekämpft haben. Erfolgreich bekämpft haben.

Aber die Abwehrerfolge genügen uns nicht. Es braucht nach Jahrzehnten wieder eine Verbesserung bei den AHV-Renten. Eine Anpassung an die wirtschaftliche Entwicklung, die Lohnentwicklung. Mit AHVplus. Die Chancen für eine Rentenverbesserung stehen besser, als die meisten im Bundeshaus, in den Medien glauben. Wenn wir dafür kämpfen. Und wir werden dafür kämpfen. Denn wir haben gute Gründe dafür, bei der ständigen Verschlechterung der Leistungen der Pensionskassen erst recht. Diese Delegiertenversammlung muss der Anfang einer Wende auch in der Rentenpolitik sein. In der Schweiz muss man auch in Zukunft von den Renten der AHV und der Pensionskasse zusammen anständig leben können. So wie es die Verfassung vorschreibt.